

Pressemitteilung

Schulen können sicher nicht am 20. April 2020 wieder öffnen Zentrale Prüfungen müssen ausgesetzt werden

Die Pandemie und die noch ungewisse Rückkehr in unser normales Leben sorgen dafür, dass sich eine starke Verunsicherung in den Schulen bei Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen verbreitet. Wann geht es wieder los und welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit Gesundheits- und Infektionsschutz gewährleistet sind? Gewerkschaften, Schul- und Elternverbände fordern die Offenlegung der Pläne der Landesregierung, die die Schrittfolge der geplanten Öffnung und verbindlich vorgegebene Maßnahmen zum Gesundheitsschutz enthalten müssen. Klar ist aus Sicht der Unterzeichnenden, dass die Schulen nicht am 20. April 2020 wieder öffnen können.

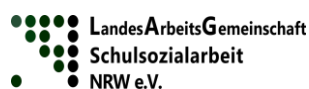
Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Landeselternschaft der integrierten Schulen, das Bündnis Schulen hoch 3, die Landeselternkonferenz, das Elternnetzwerk Integration miteinander, Gemeinsam Leben, gemeinsam Lernen, die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, der Grundschulverband, der Progressive Eltern- und Erzieherverband, die LAG Schulsozialarbeit und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben sich gemeinsam dieser Situation gestellt und fordern Klarstellung und Perspektiven von der Politik. Für die Landesregierung müssen die Einschätzungen des Robert-Koch-Instituts handlungsleitend sein. Die Standards müssen transparent und veröffentlicht sein sowie nachvollziehbar umgesetzt werden. Hier ist das Ministerium für Schule und Bildung in der Pflicht.

Schulen können nur wieder öffnen, wenn Gesundheits- und Infektionsschutz für alle Beteiligten gewährleistet werden. „Wer die Öffnung von Schulen befürwortet, muss für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen. Die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler sowie der Beschäftigten muss Vorrang haben. Wir brauchen einen Stufenplan, der die Voraussetzungen benennt. Sind diese nicht gegeben, kann es eine Lockerung nicht geben“, forderte die DGB Bezirksvorsitzende Anja Weber. „Aus unserer Sicht sind mindestens die Bereitstellung von ausreichend Waschbecken, Seife und Einmalhandtüchern, sowie Desinfektionsmittel und Toiletten mit entsprechender hygienischer Ausstattung zwingend“, so Ralf Radke, Vorsitzender der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (LEIS NRW). Erforderlich seien eine mindestens tägliche Reinigung nach entsprechenden Standards des Infektionsschutzes, Regeln für regelmäßigen Luftaustausch sowie Schutzmasken für unsere Kinder und die Beschäftigten. Hierfür brauchen die einzelnen Schulen Hygienekonzepte in Abstimmung mit Schulaufsicht und Schulträger und unter Verantwortung des lokalen Gesundheitsamtes.

Die Öffnung der Schulen wird nur schrittweise möglich sein und stellt die Schulen vor große organisatorische Herausforderungen. Hierzu brauchen die Schulen und die Eltern schnellstmöglich konkrete Vorgaben und Hinweise. „Der stufenweise Einstieg muss für alle Beteiligten, für die Schüler*innen, die Lehrer*innen, die Eltern und die Schulleiter*innen leistbar sein. Zur Vorbereitung benötigen sie mindestens eine volle Woche Zeit“ erläuterte Behrend Heeren, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG NRW) und langjähriger Leiter einer Gesamtschule.

„Im Schuljahr 2019/20 kann es keine Prüfungen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen mehr geben“, führte Maike Finner, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) aus. Schüler*innen könnten sich nach wie vor nur sehr unterschiedlich auf die Prüfungen vorbereiten. Eine Durchführung der Prüfungen bei laufendem Unterricht, sei nicht realisierbar. „Der Aufwand für dezentrale Prüfungen ist weder leistbar noch verhältnismäßig. Eine weitere Verschiebung der Prüfungen ist keine Option. Die bundesweite Anerkennung des jeweiligen Abschlusses ohne Prüfungen ist jedoch zwingend notwendig“ ergänzte die Vorsitzende der GEW NRW.

In der Zeit der Schließung der Schulen sind die ungleichen Bildungschancen für Kinder und Jugendliche extrem deutlich zu Tage getreten und verstärkt worden. „Kinder und Jugendliche, die kein eigenes digitales Endgerät, zuhause keine lernförderlichen Strukturen vorfinden, die sich ein Zimmer mit mehreren Geschwistern teilen, deren Familiensprache nicht Deutsch ist, deren Familien Existenzängste haben oder Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf haben eben nicht die gleichen Bildungschancen wie andere“, sagte Bernd Kochanek, Vorsitzender von Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen NRW e.V. abschließend.



Die Unterzeichner